



Ein „schwergewichtiger“ Landesbezirk



Die rheinland-pfälzischen Delegierten und Gäste versammelten sich auf der Bühne zum „Familienfoto“. Viele Rheinland-Pfälzer ließen sich auf die Rednerliste setzen, nicht nur um die eigenen Anträge zu verteidigen. Foto: GdP/Immel

Der thüringische Landesvorsitzende Kai Christ zählte in seinem Redebeitrag zu einem Satzungsantrag die aus seiner Sicht „schwergewichtigen“ Bezirke Nordrhein-Westfalen, Bundespolizei und Rheinland-Pfalz auf, was bei der Delegation aus dem „Land der Reben und Rüben“ für Erheiterung sorgte.

Diesen mit Zahlen nicht belegbaren Eindruck hatte Kollege Christ wohl gewonnen, weil der Landesbezirk Rheinland-Pfalz nicht nur elf eigene fundierte Anträge zum Bundeskongress beisteuerte, sondern darüber hinaus sehr aktiv an der Meinungsbildung zu den 253 Anträgen am Bundeskongress der GdP teilnahm.

Ohne die im Vorfeld des Kongresses durch intensive Diskussion entstandene, sogenannte Konsensliste über unstrittige Anträge, wäre die Antragsflut wohl nicht zu bewältigen gewesen.

Die rheinland-pfälzischen Anträge wurden allesamt durch den Kongress angenommen oder sinnvoll weiterent-

wickelt. Dazu gehörte erfreulicherweise ein Antrag zur effektiven Bekämpfung der **Kinder- und Jugendpornografie** im Internet.

Beim Dauerthema **„qualifizierte amtliche Leichenschau“** soll jetzt eine Ergänzung der Strafprozessordnung zum Ziel führen und die skandalös hohe Anzahl unentdeckter Tötungsdelikte (ca. 1200 jährlich) eindämmen helfen.

Im Tarifrecht ging es neben einzelnen Anträgen zu Urlaub und Bewertung um die **Zusammenführung der Tarifgemeinschaft Bund, Länder und Kommunen**.

Föderalismusreform umkehren

Insgesamt kommt der Kongress zu dem Schluss, dass zahlreiche, im Rahmen der **Föderalismusreform** an die Bundesländer abgegebene Zuständigkeiten, wieder in bundesweiten Regelungen zusammengeführt werden müssen. Unterschiedliche Gesetze für **Versammlungsrecht** oder **Strafvollzug** seien beispielsweise schlicht praxis-

fremd und verfassungsrechtlich nicht nachvollziehbar.

Breiter Raum für Frauenpolitik

Breiten Raum nahm die Diskussion über Anträge der Frauengruppe ein. Trotz zahlreicher Befürworter unter den Delegierten konnte sich am Ende einer fundierten Diskussion der Kongress nicht mehrheitlich zu mutigeren Schritten in Richtung „mehr Frauen in die Gremien“ durchringen. Es blieb bei einer **Sollvorschrift hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen**.

Ein Antrag zur Befassung mit dem Thema **antidiskriminierende Beurteilungsrichtlinien** fand aber sehr wohl eine klare Mehrheit. Es soll dafür gesorgt werden, dass Ansatzpunkte für die Diskriminierung von Frauen bei Beurteilungen (Beispiel: Teilzeit) abgeschafft werden.

Stellenwert der Gesundheit verbessern

Fortsetzung auf Seite 2





Sabrina Kunz bei einem ihrer überzeugenden Redebeiträge. Foto: Scharbach

Fortsetzung von Seite 1

In das Aufgabenbuch der GdP-Bund wurden außerdem Aspekte des **Gesundheitsschutzes** eingetragen. Die Einführung des **Digital-funks** soll durch eine Langzeitstudie begleitet werden und eine **KSA-Belastungsstudie** soll zur Entwicklung besserer Körperschutzausrüstungen führen.

Den Antrag, im Bundesvorstand einen Beisitzer für die **Belange von Menschen mit Behinderung** zu installieren, hat der Landesbezirk Rhein-

land-Pfalz zurückgezogen und ersetzt durch das Ansinnen, dass der Bundesvorstand sich in Angelegenheiten der Menschen mit Behinderung durch eine satzungsgemäß vorgesehene Kommission beraten lassen soll. Wegen der guten Vorbereitung und intensiver Absprachen mit den Landesbezirken Berlin und Baden-Württemberg wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit verabschiedet.

Die **universitäre Weiterentwicklung der DHPol** liegt Rheinland-Pfalz sehr am Herzen und wurde durch den Kongress unterstützt. An der Verzahnung von Wissenschaft und Polizei muss demnach weiter gearbeitet werden. Für die erforderliche Finanzierung soll gesorgt werden.

Anträge betreffend eine **GdP-Einsatz-App** und der Erforschung geeigneter **Distanzmittel** zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen fanden eindeutige Mehrheiten; ebenso die Forderung nach einer **einheitlichen Uniform** für die Wasserschutzpolizei.

Breiten Raum nahm die Diskussion über die Rolle der GdP-Bund in Zeiten der Föderalisierung ein. Der Landesbezirk RP – allen voran Sabrina Kunz – tritt vehement für die **Stärkung der Bundes-GdP** ein.



Uwe Kaßler (links) war als „Unterhändler“ für die Rechte von Menschen mit Behinderung erfolgreich. Hier mit Rüdiger Seidenspinner, im Bundesvorstand zuständig für Gesundheit und Arbeitsschutz, und Dr. Michael Karpf, Schwerbehindertenvertreter aus Baden-Württemberg. Foto: GdP BW

de Maizière: Kein Personalabbau

Im öffentlichen Teil ließen die Reden fast keine Wünsche offen. Bundesinnenminister de Maizière betonte, dass es bei der derzeitigen Sicherheitslage nicht die Zeit sei, Personal abzubauen. Klar, dass es hierzu viel Beifall gab.

Grund genug für die Heimkehrer, sich zu Hause wieder in die gewerkschaftliche Arbeit zu stürzen, denn eine Lösung für 230 Stellen weniger bis 2016 ist nicht in Sicht. Steffi Loth



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

POLITIKER IM EINSATZ

Schwarz beim „Rot-Spiel“



Achim Recktenwald und MdL Wolfgang Schwarz (links) bei der Einsatzbesprechung mit Polizeiführer Ulrich Koch (2. v. r.) sowie den Kollegen Klaus Flatter und Thomas Calaminus.

Foto: GdP

Auch MdL Wolfgang Schwarz (SPD) wollte sich ein Bild davon machen, wie Polizeieinsätze aus Anlass von Fußballspielen heute ablaufen.

Er hat Ende November die Bereitschaftspolizei beim Regionalliga-Spiel **Wormatia Worms gegen Eintracht Trier** begleitet. Wolfgang

Schwarz zeigte sich von der ruhigen und routinierten Lagebewältigung angetan. Schwarz: „Die aggressive Grundstimmung der ‚Trierer-Fans‘ hat mich total überrascht. Wie wichtig die Belange der Kolleginnen und Kollegen der BePo sind, wurde mir heute sehr deutlich. Dafür werde ich mich einsetzen und starkmachen.“



GdP IM LANDTAG

Spezialeinheiten, K/16 und Fußballereinsätze waren Thema im Innenausschuss

Die Kollegen Manfred Groß und Oliver Kirsch, BG Bereitschaftspolizei, sowie Werner Comes vom Fachausschuss Kriminalpolizei waren Zaungäste einer Sitzung des Innenausschusses, um sich über die politische Diskussion zu den Themen „Einsatzgeschehen“ und „Spezialeinheiten und K/16“ zu informieren.

NRW-Modell: Nicht für Rheinland-Pfalz

Innenminister **Roger Lewentz** erklärte, dass man das Pilotprojekt des Landes NRW zur Reduzierung der Polizeikräfte bei Fußballspielen genau beobachte, in Rheinland-Pfalz sei aber aktuell nicht die Situation, ähnliches umzusetzen.

CDU-Polizeisprecher **Matthias Lammert**, der – betreut von der GdP – an dem Einsatz aus Anlass des Rotspiels des 1. FC Kaiserslautern gegen den Karlsruher SC als Beobachter teilgenommen hatte, schilderte anschaulich seine Erlebnisse: Bewurf mit Böllern und Bengalos sowie mit Fäkalien, Tierblut und Innereien; tätliche Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten.

Er lobte das besonnene Vorgehen der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen und die gute Zusammenarbeit mit der Bundespolizei. Lammert: „**Es hätte nicht EIN Beamter weniger sein dürfen!**“

Personalbedarf

Er konstatierte für die Bereitschaftspolizei einen erheblichen personellen Fehlbedarf und äußerte Bedenken, dass in Zukunft mit der derzeitigen Stärke der BePo solche Einsätze noch professionell bewältigt werden können. Vor diesem Hintergrund stellte er die Frage, was zur Stärkung der BePo in Rheinland-Pfalz getan werde.

Viel Anerkennung für die Polizei

Als positives Beispiel wurde der Einsatz FSV Mainz – Augsburg diskutiert. Der Polizeiführer hatte entschieden, die Kräfte beim Aufzug der Augsburger Anhänger in der Mainzer Innenstadt zunächst im Hintergrund bereitzuhalten und nur mit sehr wenigen Polizeikräften präsent zu sein.

Katharina Raue, Innenexpertin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merk-



Nach der Sitzung des Innenausschusses – v. l.: Michael Hüttner Mdl, Werner Comes, Manfred Groß, Wolfgang Schwarz Mdl
Foto: Oliver Kirsch

te an, dass die Politik hinter solchen Entscheidungen stehen müsse, auch dann noch, wenn sich die „mutige“ Entscheidung des Polizeiführers einmal nicht auszahle.

Insgesamt sprachen die Ausschussmitglieder parteiübergreifend der Polizei Rheinland-Pfalz viel Lob und Anerkennung aus.

Spezialeinheiten und K/16

Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Spezialeinheiten und der K/16 hatte Diskussionsbedarf in der Politik ausgelöst. Minister Lewentz berichtete zum Sachstand der Arbeitsgruppe und verwies darauf, dass dies ein Zwischenergebnis sei, auf dessen Basis nun eine neue AG unter Beteiligung der Personalvertretung und der Behörden und Einrichtungen bis Mitte 2015 einen Abschlussbericht erarbeiten soll. Er begründete den Handlungszwang mit deutlichen Überschneidungen der jeweiligen Einheiten SEK, MEK und K/16. Zudem sieht er darin die Chance, die Führungsstruktur klarer zu regeln.

Matthias Lammert zeigte sich mit

der Zusammenlegung von MEK und SEK grundsätzlich einverstanden, äußerte aber zur geplanten Auflösung der K/16 Bedenken. Es gehe ein bewährtes Stück Flexibilität vor Ort dadurch verloren. Dieses Vorhaben müsse noch einmal überdacht werden.

K/16 muss überdacht werden

Wolfgang Schwarz von der SPD äußerte sich ebenfalls kritisch zur Auflösung der K/16 und wies auf die Umstände hin, die zur Einrichtung der K/16 geführt haben.

Weiterhin führte er aus, dass sich die lokalen Kräfte von K/16 in der Vergangenheit sehr bewährt hätten.

Kräfte kurzfristig vor Ort

Innenminister Lewentz erwiderte, es sei oberstes Ziel, die Kräfte kurzfristig vor Ort, dort wo sie gebraucht werden, verfügbar zu haben. Wie die Organisation am Ende aussehe und wie dieses Ziel erreicht werde, sei offen. Roger Lewentz sicherte dem Innenausschuss regelmäßige Info zu.

Oliver Kirsch, Werner Comes



„Beruf zukunftsorientiert und umsichtig ausüben“

Wow – habe ich beim Lesen der DP sofort gedacht. Meine Augen flogen über die entsprechenden Textpassagen wie: „Hochschule der Polizei“, „Fortentwicklung“, „Stärkung der Wissenschaftlichkeit“, „Vergabe echter Professuren“, „Doktorarbeit“, „Masterstudiengang“ etc. Wenn dies wirklich so umgesetzt werden sollte, dann wird die Ausbildung der Polizei in Rheinland-Pfalz einen Quantensprung vor sich haben. So war es wohl auch in Bologna grundsätzlich (vor-)gedacht.

Das Hervorheben der Wissenschaftlichkeit im Polizeiberuf mag für manchen etwas befremdend sein – braucht man doch Praktiker „auf der Straße“, wie es so schön heißt. Ich verstehe dies nur zu gut und denke an meine ersten Gehversuche als junger Polizeibeamter.

Wissen gefragt

Eine durchgängige Ausbildung mit Bachelor-, Masterstudium oder gar Promotion liefert gerade für die Polizei wichtige und wertvolle Beiträge zu einer modernen Kriminalitätsbekämpfung. In einer vielschichtigen, vernetzten und sich ständig verändernden Welt ist Wissen gefragt. Wissen, das permanent neu erworben, vernetzt und immer wieder geordnet weitergegeben werden muss. Stagnation wäre Rückschritt.

Das wirft den Blick – folgerichtig – auf geeignete Lehrkräfte. Die Vergabe u. a. von echten Professuren ist für mich geradezu eine Notwendigkeit. Gleichzeitig kann damit auch die von „Bologna“ vorgeschlagene Orientierung an der Wissenschaftlichkeit deutlich untermauert werden. So gesehen wirkt eine Hochschule auch durch ihre Reputation nach außen. Es bleibt zu hoffen, dass bei einer derart zentralen Aufgabe, wie der der Personalauswahl – Stichwort „keine Nennprofessur“ – diesmal vielleicht auch Personal gefunden wird, das bereits wesentliche Voraussetzungen hierfür erbracht hat. Gemeint ist ein Bildungsabschluss im Sinne der dritten Stufe der Bologna-Kriterien (*doctoral thesis*). Wenn Sie oder Er sich dann noch aus der Polizei

rekrutieren, dann wäre es nur fair, wenn auch sie zumindest eine Chance bekämen. Ich möchte noch eine etwas spitze Bemerkung hinzufügen. Man glaubt es kaum, aber es gibt dieses Personal tatsächlich!

Organisation, Zeit und Raum

Doch das Kriterium „Personalauswahl“ kann – und darf – es nicht alleine sein. Man muss auch adäquate Bedingungen schaffen, die ein vernünftiges Arbeiten und Forschen ermöglichen. Wichtige organisatorische Voraussetzungen sind zu bedenken und in der Folge bereitzustellen. Zeitliche und räumliche Aspekte tun ein Übriges dazu. Und vieles mehr. Man sieht deutlich, welche Komplexität das Thema plötzlich entwickelt. Ich persönlich kann den Herren Durben und Dr. Heinrichs nur viel Erfolg und Durchhaltevermögen wünschen. Der Generationenwechsel in der Leitungsebene scheint vollzogen. Gerade jetzt sollten wir jede mögliche Unterstützung bei dieser schwierigen Arbeit mit einbringen. Veränderungen im Rahmen polizeilicher Ausbildung brauchen ihre Zeit. Das muss man manchmal (leidvoll) erfahren. Ich weiß aber aus eigener Erfahrung, dass es noch immer lohnenswert war. ...und wieder erinnere ich mich, wie anspruchsvoll und gleichzeitig wie erfüllend es sein kann, jungen Menschen zu einer Hochschulausbildung zu verhelfen, die ihnen die Möglichkeit gibt, ihren späteren Beruf zukunftsorientiert und umsichtig ausüben zu können. Mit einer wirklichen Neuausrichtung (Bologna) im Polizeibereich ist man sicherlich gut gerüstet, den herannahenden Herausforderungen der nächsten Jahre entsprechend zu begegnen. Ich bin mir dabei ganz sicher.

Dr. Peter Altmayer

Anmerkung der Redaktion:

Die „Hochschule“ ist eine konsequente Fortentwicklung, die auch vor dem Hintergrund des neuen – stark an Bildung orientierten – Laufbahnrechts gesehen werden muss.

Selbst zu forschen und Forschung für die RP-Polizei nutzbar zu machen, ist ein weiterer zentraler Aspekt.

KURZ & KNACKIG

■ Baumaßnahme Polizei Worms

Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten **Adolf Kessel** geht hervor:

1. Die Baumaßnahme soll bis Mitte 2015 beginnen.
2. Die Mittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro stehen zur Verfügung.
3. Die Verzögerung ist auf „Änderungen im taktischen Konzept der Landespolizei“ und in 2014 auf die anderweitige Beanspruchung des LBB zurückzuführen.
4. Von den Beschäftigten sind KEINE Reinigungsleistungen zu erbringen.

In der Antwort werden die vertraglich vereinbarten Reinigungsleistungen beschrieben. **Ob es wohl Abweichungen von der Wirklichkeit gibt?**

■ Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

Am 3. Dezember war der internationale Tag der Menschen mit Behinderung. Aus diesem Anlass erklärte Dietmar Muscheid, Landesvorsitzender des DGB:

„Inklusion und soziale Integration müssen endlich als echte Chancen erkannt werden. Das gilt insbesondere auch für Unternehmen und Betriebe, die Potenziale behinderter Menschen erkennen, fördern und auch nutzen sollten. Mehr als die Hälfte der schwerbehinderten Arbeitslosen verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen akademischen Abschluss. Dennoch bleiben behinderte Menschen im Durchschnitt länger arbeitslos als andere Personengruppen.“

Recht hat er.

■ GdP-Rechtsschutz hat besondere Qualität

Im Jahr 2014 hat die GdP Rheinland-Pfalz über 190 Kolleginnen und Kollegen mit gewerkschaftlichem Rechtsschutz geholfen und in unzähligen Fällen rechtliche Beratung geboten.

Für besondere Qualität und individuelle Zuwendung sorgt Rechtsanwältin und GdP-Sekretärin **Markus Stöhr**. In der Februar-Ausgabe gibt es ein Interview mit näheren Informationen.



DEMO-EINSATZ IN REMAGEN

Für Demokratie: Gegen Nazis & Gewalt



Die Nussecken von der GdP und die Dankeschön-Karten von KGgP e.V. kamen bei den Kolleginnen und Kollegen gut an. Linkes Bild: Gerhard Wagner von der Kreisgruppe Koblenz mit Gerke Minrath und ihrem Team vom Verein KGgP. Das rechte Foto zeigt Sabrina Kunz, Christoph Hanschke, Michael Flis, Christian Günter und René Vroomen am GdP-Stand auf der Meile der Demokratie. Fotos: KGgP

KG PP KAISERSLAUTERN

Karl Kauf ist Ehrenvorsitzender



V. l. n. r.: BG-Vorsitzender Werner Hilmer, Laudatorin Ruth Burkei, Ehrenvorsitzender Karl Kauf, KG-Vorsitzender Uwe Leitheiser Foto: GdP

Mit Ablauf des Jahres 2014 geht Karl Kauf in den wohlverdienten Ruhestand. Die letzten 17 Jahre war Kauf Vorsitzender des Gesamtpersonalrates beim PP Westpfalz. 14 Jahre davon in Personalunion als Kreisgruppenvorsitzender.

„Eine Ära geht zu Ende“, erklärte Kreisgruppenvorsitzender Uwe Leitheiser und begrüßte seinen Vorgänger in der Mitgliederversammlung der Kreisgruppe. Nach einer pointierten und emotionalen Laudatio durch

Ruth Burkei wurde Karl von der Mitgliederversammlung zum Ehrenvorsitzenden der KG PP Westpfalz gewählt.

Uwe Leitheiser und Bernd Becker vom Landesvorstand ehrten diese Kolleginnen und Kollegen für langjährige Mitgliedschaft in der GdP: Erwin Rink, Peter Elwert, Berthold Noll und Rolf Huberty (40 Jahre). Verhindert waren: Bettina Voltz, Tobias Lieblang, Uwe Steinmetz (25 Jahre), Winfried Schäfer (40 Jahre) sowie Brunhilde Roschy (50 Jahre)

Uwe Leitheiser

Der Einsatz aus Anlass der alljährlichen „Nazi-Demo“ in Remagen verlangt auch bei der GdP gewissenhafte Vorplanung und Durchführung.

Während Marco Christen, Ralf Pörtner und Gerhard Wagner sich – zusammen mit dem Team vom Verein „Keine Gewalt gegen Polizisten“ – mit der Vorsitzenden Gerke Minrath vorwiegend um die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen kümmerten, besetzten die stellv. Landesvorsitzende Sabrina Kunz und ein Team von der JUNGEN GRUPPE den Info-Stand auf der Meile der Demokratie.

Viele staunten nicht schlecht, dort – zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund – die GdP vorzufinden. Die Aktion „Auch Mensch“ fand großen Anklang und Verständnis.

Entmenschlichung vorbeugen

Sabrina Kunz positioniert gegenüber der Presse und interessierten Gesprächspartnern die GdP:

„Wir wollen heute einerseits die Kolleginnen und Kollegen betreuen und ihnen zeigen, dass sie nicht alleine sind. Genau das fordern wir auch von der Politik und der Gesellschaft ein. Der Polizei den Rücken stärken: Das ist die Devise.“

Der Kampf gegen antidemokratische Kräfte muss durch Politik und Gesellschaft geführt werden und darf nicht der Polizei als Lückenbüßer überlassen werden.“

Ziel der GdP sei an dieser Stelle, der „Entmenschlichung“ vorzubeugen und darzustellen, dass Polizistinnen und Polizisten auch Menschen und Bürger seien.



Info zum Thema Bodycam



In der Dezember-Sitzung wurden unter anderem diese Themen behandelt:

Kradfahrer-Helm

Das ISIM hat mitgeteilt, dass es sich der Auffassung des HPRP hinsichtlich der Farbgebung des zu beschaffenden Helms anschließt. Bedeutet: Die Helme werden aus Gründen des Arbeitsschutzes in Signalfarbe gelbgrün beschafft.

Stellenbesetzung A 12/13

Die Polizeiabteilung hat nach vielen Gesprächen mit dem HPRP den BuE eine landeseinheitliche Regelung vorgelegt, nach der sich die Stellenbesetzungen im Bereich A 12 und A 13 richten sollen. Die Verfahren zur Ausschreibung oder Nicht-Ausschreibung der Stellen werden derzeit unterschiedlich gehandhabt, was besonders bei BuE-übergreifenden Bewerbungen und Versetzungswünschen zu Problemen führt. Zunächst werden die Rückmeldungen aus den BuE abgewartet.

Einigungsverfahren

Zu einem Einigungsverfahren, bei dem es um die Regressnahme eines Kollegen in erheblichem Umfang ging, hat Frau **Staatssekretärin Heike Raab** an der HPRP-Sitzung teilgenommen.

Bereits im Vorfeld hatte die rechtliche Prüfung durch den HPRP zu einer deutlichen Reduzierung der geforderten Summe geführt. In der Sache selber gab es keine Einigung. Auch Verfahrensfragen wurden durch den HPRP sehr kritisch gesehen.

Der HPRP stellt die Inhalte eines erstellten Gutachtens infrage. Nach Austausch der Argumente wurde Fristverlängerung vereinbart und die Entscheidung vertagt.

Dauerthema ZBS

Nachdem zur Wahrung der Interessen der Betroffenen eine Dienstvereinbarung auf den Weg gebracht wurde, hat der HPRP der grundsätzlichen Regelung einer einheitlichen Regelung der Dienst- und Fachaufsicht durch das PP Rheinland zugestimmt. Die außen liegenden Dienstorte bleiben bei dieser Regelung erhalten.

Gegenstand der Dienstvereinbarung sollen u. a. sein: Arbeitszeit und Urlaub, Arbeitsabläufe und Vertretungsregelungen, Erreichbarkeit und Bürgerfreundlichkeit, Telearbeit und Fortbildung sowie Hospitationen.

Freifahrten in Uniform

Die DB-AG bittet in einem Schreiben an das ISIM darum, Kolleginnen und Kollegen, die Freifahrten in Uniform nutzen, darauf hinzuweisen, dass die 1. Klasse nicht in Anspruch genommen werden darf.

Man weist nachvollziehbar auf die Probleme hin, die durch diese Fehlverhalten für das Zugbegleitpersonal entstehen.

„Freizeitkonto“

Das sogenannte Freizeitausgleichskonto, mit dem unter anderem erreicht werden soll, dass der Anspruch auf geleistete Mehrarbeit nicht verjährt, ist durch Schreiben des ISIM jetzt eingeführt worden. Die technischen Voraussetzungen wurden demnach geschaffen.

Bodycam

AG-Leiter **Heiko Arndt** trägt umfassend die Vorschläge der AG zur Einführung der Bodycam vor.

Er beleuchtet dabei technische, taktische und rechtliche Gesichtspunkte und listet zu allen Kriterien Vorschläge der AG auf. In 2015 sollen Pilotprojekte in Mainz und Koblenz durchgeführt werden.

Der HPRP hat die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die im Bodycam-Antrag der GdP vom Delegiertentag 2014 enthaltenen Gesichtspunkte sind allesamt durch das Arbeitsergebnis berücksichtigt.

**Margarethe Relet,
Ernst Scharbach**

TERMINE 2015 SENIOREN KOBLENZ

Stammtisch ist jeweils mittwochs, **16 Uhr**, im Soldatenheim, Von-Galen-Straße 2, 56077 Koblenz-Horchheimer Höhe: 7. Januar, 4. Februar, 4. März, 1. April, 3. Juni, 2. September, 7. Oktober, 4. November. Am 5. August, 16 Uhr, findet der Stammtisch auf dem Wüstenhof in Vallendar statt

Bustour ist am Mittwoch, 6. Mai – Zielort wird noch festgelegt – Abfahrt **9 Uhr** – Hbf. oder **9.10 Uhr** – KO-Oberwerth, Rückkehr gg. 21 Uhr.

Grillfest ist am Mittwoch, 1. Juli, **16 Uhr**, Kleingartenanlage, Koblenz-Goldgrube

Weihnachtsfeier ist am 2. Dezember, **17 Uhr**, Soldatenheim, Horchheimer Höhe, Von-Galen-Straße 2, 56077 Koblenz Rückfragen oder Anmeldungen:

Jürgen Peter Tel.: 02 61/1 00 44 29 oder per Mail an jpeter@online.de

DIETER KRONAUER

Ehrung im „Knast“



Dieter Kronauer erhielt jetzt aus den Händen des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts, Martin Wildschütz, die Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz. Foto: Relet

Kollege Kronauer war von 2002 bis 2009 beim Arbeitsgericht in Mainz und von 2009 bis 2014 beim Landesarbeitsgericht Mainz als ehrenamtlicher Richter bestellt. Die Feierstunde fand im neuen Mainzer Justizgebäude – dem ehemaligen Gefängnisgebäude – statt. Im Anschluss an die Ehrung bot ein Sekttempfang Gelegenheit zum Austausch. Die GdP bedankt sich bei Dieter Kronauer für die insgesamt zwölfjährige ehrenamtliche Tätigkeit.



HAMMER

PERFEKT! ZU HAUSE TRAINIEREN.

In Kooperation mit PSW
Rheinland-Pfalz GmbH
www.psw-rp.de



EXKLUSIVES ANGEBOT
für alle Mitglieder der
Gewerkschaft der Polizei

Rabatt **20%***

GPR20H

Ihr Gutschein-Code



LÖSE DEINEN 20% GUTSCHEIN IN DEN HAMMER STORES EIN ODER ONLINE AUF WWW.HAMMER.DE.

- | | | | |
|---|---|------------------------------------|--|
| ■ Neu-Ulm
Von-Liebig-Str. 11 | ■ Stuttgart
Breitscheidstr. 8 | ■ Mannheim
E3, 1 | ■ München
Nymphenburger Str. 25 |
| ■ Augsburg
Leonhardsberg 1 | ■ Wiesbaden
Hagenauer Str. 21a | ■ Köln
Hansaring 63 – 67 | ■ Frankfurt
Hanauer Landstr. 205 |
| ■ Kaiserslautern
Merkurstraße 14a | *Der Gutscheincode ist einmalig bis zum 31.12.2015 gültig. Er ist nicht mit anderen Gutscheinen oder Aktionen kombinierbar und nicht nachträglich von der Rechnung abziehbar. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Wenn durch eine Rücksendung der bestellte Warenwert unter die jeweilige Rabattgrenze fällt, kann der Gutschein nicht in Abzug gebracht werden. Preisänderungen unter Vorbehalt. | | |



HAMMER. FITNESSGERÄTE DIREKT VOM HERSTELLER. www.hammer.de



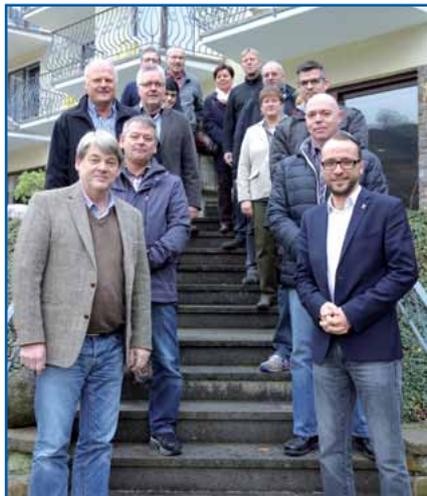
„Gute Arbeit“ für alle ist zentrale Forderung

- **Gesundheitsmanagement: Was ist das überhaupt?**
- **Was kann die GdP zum Thema Gesundheit leisten, was hat sie schon geleistet?**
- **Alters- und altersngerechte Arbeit: Chancen, Ansätze, tarifliche Regelungen?**

Fragen, denen sich die Teilnehmer am GdP-Gesundheitsseminar unter Leitung von Bernd Becker und Uwe Kaßler an zwei Tagen in Brodenbach widmeten.

Am ersten Tag war ein Blick über den Tellerrand vorgesehen: **Mathias Lomb** von der IGBCE, Mitautor des DGB-Papiers zur demografischen Entwicklung, lieferte einen gewaltigen Strauß von Informationen zu Aktivitäten seiner Gewerkschaft. Insbesondere die Regelungen zum flexiblen Übergang von der aktiven Arbeitszeit in den Ruhestand schienen den Teilnehmern beispielhaft.

„Gute Arbeit“, also die gesundheitsförderliche Gestaltung aller Arbeitsbedingungen – für Junge und



Die Teilnehmer am Gesundheitsseminar beim obligatorischen „Familienfoto“. Vorne rechts Referent Mathias Lomb von der IGBCE. Foto: GdP

Alte gleichermaßen – stellte sich als zentrale Forderung angesichts der demografischen Herausforderungen heraus.

Tag 2 des Seminars war dem Behördlichen Gesundheitsmanagement in der Polizei gewidmet. Gesundheitswirtin **Marlen Marko** erläuterte Grundlegendes zum Thema und ging auf den Sachstand im Land ein.

Bernd Becker ergänzte um die gewerkschaftliche Perspektive und vermittelte die Chancen, die für Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit mit dem Thema Gesundheit verbunden sind.

In Arbeitsgruppen formulierten die Teilnehmer eine Fülle von Anregungen und Forderungen, auch als Grundlage für die GdP-Arbeit.

Ausgewählte Beispiele:

- **Keine Sondereinsätze für Kollegen Ü 50**
- **Arbeitszeitverkürzung für Ältere im WSD**
- **„Gesundheitsschichten“ als Ergänzungsdienst**
- **Freie Heilfürsorge und Vorsorgekuren**
- **Wertschätzung durch Ausstattung**
- **Höhenverstellbare Schreibtische niedrigschwellig beschaffen**
- **Vollspektrum-Leuchtkörper**
- **Ruheräume darstellen**
- **Raumreinigung verbessern**
- **Arbeitsschutzvorschriften einhalten – Gefährdungsbeurteilung**
- **Zurück zum Anreizsystem beim Dienstsport und mehr Vertrauen**
- **Demografiefond (IGBCE)**
- **Wertschätzung für edf-Kollegen**
- **Bessere Bewertung und „Beförderungsmöglichkeiten“ für Tarifbeschäftigte**
- **Regelbeförderung statt Beurteilungsfrost**

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

- Peter Jung**, KG PD Worms
- Holger Klinkner**, KG PP/PD Koblenz
- Peter Wald**, KG PP/PD Koblenz
- Heinrich Schuster**, KG Südpfalz

85 Jahre

- Bruno Marienfeld**, KG PD Worms
- Arno Albrecht**, KG Vorderpfalz
- Gerd Knuefermann**, KG BePo Wittlich-Wengerohr

90 Jahre

- Josef Hassinger**, KG BePo Mainz

WIR TRAUERN UM

- Rudi Schuler**, 85 Jahre, KG Vorderpfalz
- Walter Reuber**, 90 Jahre, KG PP/PD Koblenz

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

ALLES GUTE IM RUHESTAND

- Franz Goebel**, KG WSP
- Konrad Schreibweis**, KG PP/PD Koblenz
- Robert Wiesen**, KG PP/PD Mainz
- Helmut Herrmann**, KG LKA

